

Wahlprüfsteine Landesjugendring

Themenbereich: Infrastruktur und Arbeit

1. Schwimmbäder, gute Nahverkehrsverbindungen, Treffpunkte für Jugendliche, gute Schulgebäude und verschiedene Einrichtungen der außerschulischen Bildung haben einen hohen Stellenwert für die Lebensqualität junger Menschen. Welche Vorhaben fassen Sie für die kommende Legislaturperiode ins Auge?

Die aus unserer Sicht wichtigste Forderung in diesem Zusammenhang lautet, dass wir die Jugendlichen selbst bei der Planung der Angebote stärker beteiligen möchten. Klar ist für uns, dass Jugendliche Orte brauchen, an denen sie sich ausprobieren und ihrer Kreativität freien Lauf lassen können, ohne dass gleich von außen regulierend eingegriffen wird. Wie diese Orte aussehen sollen, welche Angebote auch wirklich angenommen werden, das wissen die Jugendlichen selbst am Besten. Wir werden uns deshalb u.a. für ein neues und erweitertes Beteiligungskonzept einsetzen, damit die Jugendlichen stärker in politische Entscheidungen eingebunden werden.

2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass junge Menschen attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ihrer Kommune finden?

Auf kommunaler Ebene haben wir einen direkten Einfluss auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung und auf die Braunschweiger Unternehmen, die ganz oder zumindest teilweise der Stadt Braunschweig gehören. Hier können und werden wir darauf drängen, dass die Stadt Braunschweig ihrer Verantwortung gerecht wird und attraktive Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung stellt.

Wir müssen uns aber insbesondere auch um die Jugendlichen kümmern, die es schwer haben, aus eigener Kraft einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese Jugendlichen müssen wir z.B. durch eine gute Berufsvorbereitung an den Berufsbildenden Schulen, durch Beratungsangebote, durch die Begleitung durch qualifizierte Sozialarbeiter, durch Sprachkurse für Jugendliche mit Migrationshintergrund usw. dazu befähigen, auf eigenen Beinen stehen zu können.

Themenbereich: Beteiligung

1. Welchen Stellenwert soll die Beteiligung junger Menschen an den politischen Entscheidungen in Ihrer Kommune haben?

sehr hoch

2. Welche Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen möchten Sie in Ihrer Kommune schaffen?

Wir sind der Überzeugung, dass überall dort die Möglichkeit der Beteiligung von jungen Menschen besteht, wo sie sich im Alltag aufhalten. Beteiligung junger Menschen bei Bauvorhaben für bspw. Spielplätze ist vielerorts gelebte Praxis und sollte unbedingt ausgebaut werden. Es gibt Pilotprojekte der Kinderbeteiligung in Kindertagesstätten, Schüler*innenvertretung im schulischen Umfeld, Beteiligung im Jugendclub und dem großen Bereich der außerschulischen Bildung.

In Braunschweig gibt es das Beteiligungsprojekt BS4U, das ein guter und ausbaufähiger Ansatz ist. Wir unterstützen natürlich auch die Jugendkonferenzen, bei denen Jugendliche bereits in der Vergangenheit gute Vorschläge gemacht und sich sehr engagiert eingebracht haben.

Wir wollen Jugendlichen darüber hinaus auch bei Wahlen ein Mitspracherecht einräumen. Deshalb setzen wir uns für das Wahlrecht für junge Leute ab 14 Jahren ein. Die rot-grüne Landesregierung hat gerade eine Gesetzesinitiative für ein Wahlalter ab 16 Jahren für Landtagswahlen eingebracht.

Solche Entscheidungen werden allerdings nicht in Braunschweig sondern auf Bundes- oder Landesebene getroffen.

3. Welche Bedeutung werden Jugendverbände und Jugendringe in Bezug auf politische Beteiligung bei Ihnen haben?

Der Jugendring Braunschweig (JURB) leistet eine hervorragende und engagierte Arbeit, die wir gerne unterstützen. Das Engagement des JURB und der vielen Schülerinnen und Schüler, die sich zum Beispiel beim Thema kostenlose Schüler*innentickets im ÖPNV eingebracht haben, verdient wirklich Anerkennung, auch wenn wir es leider noch nicht zum Abschluss bringen konnten.

Wir haben uns darüber hinaus immer wieder dafür eingesetzt, dass die Jugendverbände auch finanziell gut ausgestattet werden, weil gute Jugendverbandsarbeit natürlich immer auch Geld kostet und professionell begleitet werden muss.

Darüber hinaus sind für natürlich auch als Partei selbst immer offen für Jugendliche, die sich bei uns engagieren wollen, sei es in der Grünen Jugend oder bei den verschiedenen Aktionen und Projekten unseres Kreisverbandes.

Themenbereich: Engagement und Förderung

1. Wie stark stimmen Sie der These zu: „Die finanzielle Förderung von Jugendgruppen und -verbänden muss erhöht werden.“?

sehr stark

2. Wie stark stimmen Sie der These zu “Das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in unserer Kommune muss zukünftig stärker gefördert und wertgeschätzt werden.“?

sehr stark

3. Welche Anreize für ehrenamtliches Engagement möchten Sie schaffen bzw. beibehalten?

Zunächst einmal wollen wir betonen, dass Politik auf kommunaler Ebene ebenfalls zum großen Teil auf ehrenamtlichem Engagement beruht. Wer sich in unserer Partei engagiert oder für die Grünen im Rathaus Politik mitgestaltet, macht das in der Regel ehrenamtlich. Insofern wissen wir aus eigener Erfahrung, was ehrenamtliches Engagement bedeutet.

Die beste Anerkennung für ehrenamtliches Engagement besteht aus unserer Sicht darin, dass das Projekt, für das man sich einsetzt, zum Erfolg geführt werden kann. Damit das gelingen kann, brauchen wir Strukturen, in denen ehrenamtliches Engagement ernst genommen und gewürdigt wird. Und wir brauchen die Bereitschaft in Politik und Verwaltung, ehrenamtliches Engagement ideell und ggf. auch finanziell zu unterstützen.

Wir selbst bemühen uns darum, als Partei immer ein offenes Ohr für alle Menschen zu haben, die sich in unserer Stadt engagieren und Projekte, die aus unserer Sicht sinnvoll sind, zu begleiten und zu unterstützen.

4. Wie möchten Sie das ehrenamtliche Engagement junger Menschen in Ihrer Kommune unterstützen?

Durch den Ausbau der Beteiligung für Kinder und Jugendliche wollen wir natürlich auch allen jungen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, die Möglichkeit geben, sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Darüber hinaus haben wir erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Jugendverbandsarbeit auf eine neue Grundlage gestellt und finanziell besser und verlässlicher unterstützt wird.

Darüber hinaus kann man sich noch vieles mehr vorstellen, z.B. ein Fest, bei dem Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, gewürdigt werden. Auch ein Ausbau der Angebote der JuLeiCa (Jugendleiter-Card) könnte für viele Jugendliche ein guter Anreiz sein.

Themenbereich: Vielfalt und Integration

1. Welchen Stellenwert messen Sie der Kinder- und Jugendarbeit bei der Integration geflüchteter junger Menschen bei?

sehr hohe Bedeutung

2. Was werden Sie unternehmen, um strukturelle Benachteiligungen bspw. sozial schwächerer junger Menschen abzubauen?

Generell gilt: je früher wir damit anfangen, strukturelle Benachteiligungen abzubauen, desto besser kann uns dies gelingen. Die sog. „Frühen Hilfen“ und qualitativ hochwertige Betreuungs- und Bildungsangebote bereits im frühen Kindesalter sind wichtig, um allen Kindern einen möglichst guten Start ins Leben zu ermöglichen. Wir setzen uns gerade in diesem Bereich bereits seit Jahren dafür ein, dass wir allen Kindern möglichst gute Startchancen mit auf den Weg geben.

In der Schulpolitik setzen wir uns dafür ein, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen können und haben deshalb lange dafür gekämpft, dass die Gesamtschule als gleichberechtigte Schulform neben Gymnasien, Haupt- und Realschulen anerkannt wird.

Aus unserer Sicht sollte an jeder Schule Schulsozialarbeit möglich sein. Hier können Schüler*innen und ihre Eltern direkt angesprochen und in ihrem gewohnten Umfeld erreicht und beraten werden.

Aber auch außerhalb der Schule brauchen wir gute Angebote der Jugendarbeit und attraktive und gut ausgestattete Jugendzentren.

An all diesen Themen können wir auf kommunaler Ebene arbeiten. Aber auch auf Bundes- und Landesebene gibt es in dieser Hinsicht viel zu tun. Hier setzen die Grünen z.B. auf mehr Steuergerechtigkeit und eine Kindergrundsicherung.

3. Was werden Sie unternehmen, um strukturell benachteiligte junge Menschen (bspw. Sozial Schwächere, Menschen mit Migrationgeschichte etc.) zu unterstützen?

Vieles von dem, was wir uns hier vorstellen, findet sich bereits bei der Beantwortung der vorangegangenen Frage.

Unter den Menschen, die in den letzten Monaten als Flüchtlinge nach Braunschweig gekommen sind, sind auffallend viele sog. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, also Jungen und Mädchen, die ohne ihre Eltern flüchten mussten. Für diese Jugendlichen tragen wir natürlich eine besondere Verantwortung. Unsere Schulen haben deshalb ihr Angebot an Sprachlernklassen deutlich ausgebaut. Generell ist der Erwerb der deutschen Sprache ganz entscheidend für die Integration in unsere Stadtgesellschaft und wir brauchen für alle Menschen entsprechend ihres Alters, ihrer Herkunft und ihrer Vorbildung passgenaue Angebote.

Integration kann aber nur gelingen, wenn sie in den einzelnen Quartieren vor Ort auch wirklich gelebt wird. Wir müssen Orte der Begegnung und des Austausches gerade auch für Jugendliche schaffen, ganz egal, ob das im Sportverein, im Jugendtreff, auf der Skateranlage oder sonstwo stattfindet.

Ganz entscheidend ist aber auch, dass wir uns rechter Hetze und rechten Parolen konsequent und entschieden entgegen stellen müssen.

4. Etliche junge Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer körperlichen und geistigen Fähigkeiten benachteiligt. Was werden Sie für die gleichberechtigte Teilhabe aller jungen Menschen tun?

Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ermöglichen. Das ist der Grundsatz unserer grünen Politik insgesamt und gilt natürlich auch für die Kinder- und Jugendpolitik. Inklusion bedeutet für uns, dass die Gesellschaft Barrieren abbaut, um allen die Teilhabe zu ermöglichen, statt davon auszugehen, dass Menschen Hilfe brauchen, um mithalten zu können.

Die Stadt Braunschweig hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet und sich damit dazu bekannt, dass Vielfalt der kulturellen Herkunft, der sexuellen Orientierung, der religiösen Überzeugung und der körperlichen und geistigen Fähigkeiten unser Leben bereichert. Bis wir wirklich zu einem gleichberechtigten und diskriminierungsfreien Umgang aller Menschen kommen, ist es natürlich noch ein langer Weg.

Immer wieder wird z.B. in den Medien darüber berichtet, dass Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch in Braunschweig der Zugang zu Clubs und Diskotheken verwehrt wird. Wir haben uns in den letzten Jahren intensiv auch auf kommunaler Ebene mit diesem Problem und freuen uns darüber, dass die rot-grüne Landesregierung mittlerweile ein Gesetz verabschiedet hat, dass die Diskothekenbesitzer stärker als bislang in die Pflicht nimmt.

Abschlussfrage: Die drei wichtigsten Ziele

Was sind die drei wichtigsten Ziele, die Ihre Partei / Ihr Wählerbündnis im Interesse von Kindern und Jugendlichen in der nächsten Legislaturperiode umsetzen will?

1. Stärkung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und Erarbeitung eines Beteiligungskonzept, das weit über die bisherigen Angebote hinausgeht.
2. Ausbau der Kinderbetreuung und Verbesserung der Betreuungsqualität gerade in Stadtteilen mit sozialen Problemen, damit wir Kindern von Anfang an die besten Chancen mit auf den Weg geben.
3. Beschleunigung des Schulsanierungsprogramms, damit alle Schulen in Braunschweig möglichst schnell zu Orten werden, an denen sich Kinder und Jugendliche gerne aufhalten und an denen sie gerne und erfolgreich lernen können.